

# Evangelische Verantwortung

## Fünf Jahre Deutsche Einheit

Jochen Borchert

**Mein Vater hatte es früh schon geahnt. Im Sommer 1952 - ich war zwölf Jahre alt - begann die SED richtig ernst zu machen.**

Mit ihren „Richtlinien für den planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ vom 12. Juli 1952 beschloß die Ulbricht-Clique den verschärften Klassenkampf, den Vorrang der Schwerindustrie und die Kollektivierung der Bauern in die sogenannten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Wenige Tage später, am 23. Juli, wurden die Länder der DDR auf-

gelöst und in 14 Bezirke geteilt. Mein Heimatland, Sachsen-Anhalt, verschwand für 38 Jahre von der Bildfläche. Die Altmark, in der meine Heimatstadt Nahrstedt und der Hof meiner Eltern liegen, und die seit dem Wiener Kongreß 1815 zu Preußen gehörte, war nun Teil des „Bezirks Magdeburg“.

Weggehen oder Bleiben? Sollte meine Familie den immer schwieriger werdenden Umständen trotzen, den Hof wie die Jahrzehnte zuvor bewirtschaften und hoffen, daß alles schon nicht so schlimm kommen werde? Oder war es nicht besser, nach

„drüben“ zu gehen und - wie die Hunderttausenden vor uns - dort einen Neuanfang zu wagen?

Als meinen Eltern endgültig klar geworden war, daß ein längeres Ausharren keine Zukunft mehr versprach, verließen wir Ende Februar 1953 die Heimat. Wenn auch unser Abschied von der DDR aus politischer Überzeugung und wirtschaftlicher Einsicht (1959 wurden die letzten Bauern, die sich der Zwangskollektivierung widersetzen, verhaftet) erfolgte - der Abschied von unserem Hof, von Nahrstedt, Stendal und der Altmark war traurig, er riß mich aus meiner kindlichen Geborgenheit.

### Der Anfang vom Ende

Wenige Tage nach unserer Flucht, am 5. März, starb Josef Stalin. In der DDR keimte die Hoffnung auf, daß sich etwas zum Guten ändern werde. Dann kam der 17. Juni 1953: Ein Bauarbeiterstreik gegen erhöhte Arbeitsnormen weitete sich zu einem regelrechten Volksaufstand gegen den Sozialismus insgesamt in der ganzen DDR aus. Für wenige Stunden schien die Freiheit wiedererrungen zu sein. Mein Vater begann zu zweifeln, ob unser Wegge-



## Themen- schwerpunkt Deutsche Einheit

Beiträge von:

Erhard Neubert 4

Klaus Dieter Reichardt 7

hen die richtige Entscheidung war, oder ob wir nicht noch vier Monate hätten aushalten sollen. Seine Zweifel wurden schnell weggefegt - sowjetische Panzer schlugen das Aufbegehren der Menschen noch am selben Tag brutal nieder.

36 Jahre später begann die Chronologie der friedlichen Revolution: In der ersten Jahreshälfte 1989 häuften sich in der DDR die Demonstrationen für Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Die Demontage der Befestigungen an der ungarisch-österreichischen Grenze nutzten Urlauber aus der DDR ab Juli 1989, nach Österreich und weiter in die Bundesrepublik zu fliehen.

Am 10. September 1989 wurde die Grenze von Ungarn nach Österreich geöffnet. Damit brach der Eiserne Vorhang buchstäblich auf. Im Oktober gewährte die DDR die organisierte Flucht von ca. 15.000 Botschaftsflüchtlings aus Prag und Warschau; sie wurden mit Sonderzügen durch die DDR in die Bundesrepublik transportiert. Die bis dahin größte Demonstration für Demokratie, am 4. Oktober in Leipzig, wurde noch durch harten Polizeieinsatz aufgelöst; die erste der dann regelmäßig folgenden Montags-Demonstrationen am 9. Oktober mit über 50.000 Teilnehmern jedoch verlief friedlich und ohne staatliche Störung. Während der Herbstferien wuchs die Flüchtlingswelle. Am 18. Oktober löste Egon Krenz Erich Honecker ab.

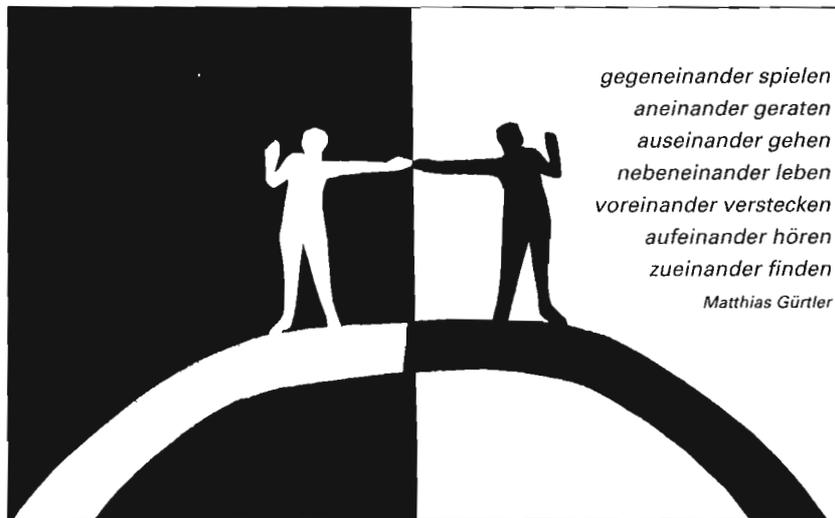
Am 9. November schließlich öffnete die DDR die Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin. Dieses Datum markiert nach dem 17. Juni 1953 und dem 13. August 1961 den Höhepunkt der dritten und letzten Krise der DDR. Um halb neun Uhr abends erreichte die schier unglaubliche Meldung uns im Bundestag. Ich fühlte an diesem Abend so etwas wie eine Rückkehr nach Nahrstedt, und ich wußte, daß jetzt endgültig eine Lawine losgetreten war, die niemand mehr aufhalten und die alles verändern würde.

### Der Zwei-plus-Vier-Vertrag

Die am 13. November neugebildete DDR-Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow vermochte die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechts der Menschen in der DDR nicht zu bremsen; in den nächsten Wochen wandelte sich die Losung „Wir sind das Volk“ in die Losung „Wir sind ein Volk“. Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde von den Deut-

chern. Am 5. Mai 1990 begannen die Verhandlungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland und den vier ehemaligen Alliierten mit dem Ziel, die Vier-Mächte-Rechte abzulösen und damit die Souveränität Deutschlands wiederherzustellen sowie die Grenzen und den militärischen Status Deutschlands zu bestimmen.

Ich hielt damals das Veto des sowjetischen Außenministers Schewardnadse, gegen eine NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands für eine kaum überwindbare Hürde. Um so erstaunlicher war die weitere Entwicklung: Bundeskanzler Helmut Kohl setzte in seiner zweimaligen Unterredung mit Michael Gorbatschow im Kaukasus im Juli 1990 das Recht Deutschlands durch, seine militärische Allianz „mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten“ frei wählen zu können.



schen in der DDR selbst auf die Tagesordnung gesetzt: Kurz vor den ersten und letzten freien Volkskammerwahlen im März 1990, als bereits die Befreiung von der Gängelung durch Staat und Partei, die weitgehende Zerstörung der alten Machtstrukturen sowie die Möglichkeit zu reisen, erfüllt waren, führte die Forschungsgruppe Wahlen eine Umfrage durch: Danach sprachen sich 91 Prozent der Wähler in der DDR und selbst 77,3 Prozent der PDS-Anhänger „für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ aus. Die aus 1.450 Interviews gefilterte Prognose traf das Ergebnis der Wahl am 18. März 1990 mit nur geringen Abweichungen. Die „Allianz für Deutschland“ - ein Parteienbündnis aus CDU, DA (Demokratischer Aufbruch) und DSU (Deutsche Soziale Union) -, die eindeutig für die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands eintrat, gewann bei den Volkskammerwahlen 48,2 Prozent der Stimmen.

Parallel zu den immer schneller aufeinanderfolgenden innerdeutschen Gesprächen galt es nun, die angestrebte staatliche Wiedervereinigung außenpolitisch abzusi-

Mit dem abschließenden sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 gewann Deutschland seine volle Souveränität zurück, unterwarf sich aber in sicherheitspolitischer Hinsicht freiwillig einer Reihe von Beschränkungen. Die Regierungen beider Teile Deutschlands erklärten, das vereinte Deutschland „auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen“ verzichten und die Streitkräfte auf 370.000 Mann reduzieren werde.

### Die Wiedervereinigung

Außenpolitisch war - trotz aller Widerstände der orthodoxen Kräfte in der Sowjetunion - alles klar, jetzt konnten auch die gesamtdeutschen Wahlen früher angesetzt werden. Zuvor aber beschloß die Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 des Grundgesetzes für den 3. Oktober 1990. Die Fernsehbilder von dieser nächtlichen Sitzung des frei gewählten DDR-Parlaments werde ich nicht vergessen: Gregor Gysi erntete mit

seinem Bedauern über den Beschluß zum „Untergang der Deutschen Demokratischen Republik“ nicht, was er erwartete: Ihm schlug von der demokratischen Mehrheit Gelächter und Jubel entgegen.

Die rasante Abfolge der revolutionären Umbrüche zwischen dem Frühjahr 1989 und dem Herbst 1990 wirkt heute bereits wie eine Geschichte aus längst vergangener Zeit. Wir hatten eine Vielzahl von Hoffnungen, Befürchtungen und auch Illusionen von der Zukunft. Die ganz private Hoffnung, den Hof meiner Eltern in Nahrstedt wiederzubekommen, hat sich erfüllt. Die Befürchtung, daß die sich Wiedervereinigung zu einer politisch-wirtschaftlichen Katastrophe für ganz Deutschland entwickeln würde, stellte sich als unbegründet heraus. Die Illusionen über die ökonomische Substanz der DDR jedoch zerplatzten sehr schnell.

Wir haben im Westen die offiziellen Statistiken des Honecker-Regimes für bare Münze genommen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR sogar mit jener Großbritanniens gleichgesetzt. Daß Fabriken mit dem SED-Prädikat „vorbildliche Leistung“ versehen wurden, dabei aber nur noch aus Rost, Ruinen und Gerümpel bestanden, sah man im Westen nicht.

Zu alledem brachen im Frühjahr 1990 mit dem allgemeinen ideologischen Niedergang des Kommunismus die traditionellen Ostmärkte der DDR zusammen. Holzleichen, die vordem nach Bulgarien geliefert wurden, wollte nun niemand mehr haben, und Aluminiumleitern konnten noch nicht produziert werden.

Der im Revolutionsjahr 1989/90 auf Plakaten gezeigte Spruch „Kommt die DM, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“ war darum die natürliche, menschliche Konsequenz, die viele DDR-Bewohner zogen. Die Wiedervereinigung Deutschlands mußte schnell geschehen! Nicht nur war es den Verantwortlichen, allen voran Helmut Kohl, klar, daß die außenpolitischen Umstände besonders glücklich waren und auf absehbare Sicht wohl nicht wiederkehren würden. Heute, angesichts der Putschversuche in Moskau, des Tschetschenienkriegs und der europäischen Katastrophe auf dem Balkan, wissen wir, wie kurz die Zeitspanne einer erfolgreichen Zwei-plus-Vier-Regelung wirklich war.

Auch wirtschaftlich war schnelles Handeln geboten. Im Jahr 1989 kamen 344.000 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik, 1990 folgten weitere 185.000. Allein diese Zahlen belegen, daß die DDR kein relativ stabiler, prosperierender, normaler Industriestaat war, in dem eine Solidarität oder eine teilweise Identifizierung der Bevölkerung mit dem staatlichen System bestand.

### Wirtschaftliche Herausforderung und sozialer Frieden

Erst die zwischen den beiden deutschen Regierungen vereinbarte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die zum 1. Juli 1990 in Kraft getreten war, stoppte den Massensexodus, unter dem die DDR bis zum Mauerbau 1961 gelitten hatte und der 1989 von neuem begann. Mit der Währungsunion und der begründeten Aussicht auf die deutsche Einheit setzte das Vertrauen der Ostdeutschen in eine wirtschaftlich und politisch bessere Zukunft ein.

Manfred Stolpe meinte 1988, die Menschen in der DDR „haben vielleicht doch in einem Winkel des Herzens den verborgenen Traum, daß noch etwas besser werden könnte mit Deutschland, aber was? Dann kommen Sonntagsreden über die Wiedervereinigung und verwirren Menschen.“ Daß etwas besser werden könnte mit Deutschland, war alles andere als ein in einem Herzenswinkel verborgener Traum; es war für die allermeisten vielmehr die tagtäglich empfundene Hoffnung auf Befreiung vom Marxismus-Leninismus und Rückkehr zu einer funktionierenden parlamentarisch-pluralistischen Demokratie in nationalstaatlichem Rahmen - kurz: die Wiedervereinigung. Das Ziel, die Einheit Deutschlands durch Selbstbestimmung wiederzugewinnen, hatte die Menschen nicht verwirrt, sondern ihnen Halt und Orientierung gegeben.

Seit fünf Jahren leben wir Ost- und Westdeutschen in einem menschlichen, toleranten und friedlichen Gemeinwesen zusammen und lernen dabei miteinander und voneinander. Die Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern schwinden mehr und mehr, sowohl psychologisch als auch materiell. Der soziale Frieden blieb trotz aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbrüche

im Osten, trotz einer noch immer hohen Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland, gewahrt.

Natürlich hängt dies auch mit finanziellen Leistungen zusammen: Mit dem „Fonds Deutsche Einheit“ wurden der DDR bereits im zweiten Halbjahr 1990 22 Mrd. DM zur Verfügung gestellt. Bis Ende 1994 wuchs der Betrag auf 115 Mrd. DM erhöht. Insgesamt flossen zwischen 1990 und 1994 fast eine Billion DM in die neuen Länder, davon die Hälfte aus dem Bundeshaushalt - eine in der deutschen Geschichte einmalige finanzielle Transaktion.

Das Wachstum in den neuen Ländern wird 1996 vermutlich 8,5 Prozent betragen, 150.000 Menschen werden zusätzlich Arbeit finden. Weit über 25.000 landwirtschaftliche Betriebe sind bis heute entstanden - auch der Stammhof meiner Familie in Nahrstedt produziert wieder für den Markt. Wir können langsam daran denken, die Förderpräferenzen zugunsten der neuen Länder abzubauen, und zwar in dem Maße, wie sich die Standortnachteile verringern. Die Richtung für die Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern ist im Jahreswirtschaftsbericht 1995 vorgegeben. In Zukunft werden die notwendigen Hilfen auf innovative Bereiche der Wirtschaft konzentriert.

Wo steht Deutschland heute? Nie zuvor in der Geschichte hatten wir ein so hohes Wohlstandsniveau, nie zuvor so viel Freiheit, nie zuvor so stabile, freundschaftliche Kontakte zu Frankreich, Großbritannien, Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Nachkriegsordnung von Jalta und Potsdam, die 45 Jahre unseres Jahrhunderts prägte und die zur Flucht meiner Familie aus der Altmark geführt hatte, ist eingestürzt. Was jedoch an ihre Stelle kommen wird, können wir mit letzter Sicherheit nicht sagen. Vormoderne Souveränitätsbestrebungen, ethnische Konflikte, Kriege als Mittel der Politik beherrschen die unmittelbare Gegenwart, auch und gerade in Europa. Deutschland muß seinen Platz und seine Aufgaben inmitten der Welt, wie sie ist, sowie seine Ziele für eine Welt, wie sie wünschenswert erscheint, definieren. Die Erfahrungen, die wir Deutsche in diesem Jahrhundert mit uns und mit anderen gemacht haben, sollten wir fest im Auge behalten, wenn es darum geht, die Zukunft zu meistern. ■

# Einheit und Pathos

Ehrhard Neubert

Es gibt wenige Situationen, in denen ich das Zusammenwachsen der Deutschen sinnlich erlebt habe. Eine davon war an den Tagen und Abenden um den von Christo und Jean Claude verhüllten Reichstag gegeben. Aus beiden Teilen Berlins strömten die Menschen und mischten sich für mich ununterscheidbar. Zugegeben, ich stand dem Verhüllungsprojekt vorher kritisch gegenüber. Aber allein schon durch die gelöste und entkrampfte Atmosphäre zwischen West- und Ostdeutschen auf dem Platz der Demokratie schien mir das Experiment lohnend geworden.

Vielleicht hat es auch dazu beigetragen, daß der für Ostberliner bis 1989 nur hinter der Mauer sichtbare Reichstag als Symbol einer fremd gewordenen Geschichte, für die ihnen die Verantwortung durch die SED aberzogen und abgenommen werden sollte, ein Stück weit angenommen worden ist. Bisher scheint es, als sei die politische Einheit noch längst nicht mental gestützt und dieser Mangel ein Grund für die vielen Mißverständnisse zwischen Ost und West. Diese Mißverständnisse stehen in einem merkwürdigen Gegensatz zu den Hoffnungen und Wünschen der Ostdeutschen während der 40 Jahre DDR. Denn immer hat ein großer Teil der Menschen auf die Einheit hin gelebt, und dies brach sich elementar 1989 und 1990 Bahn.

## Verhältnis zur eigenen Geschichte

Aber auch bei denen, die eine Einheit nicht für möglich hielten, war der Wunsch nach dieser eher verdrängt und hatte sich im Gestrüpp von verinnerlichter Unterdrückung verfangen. Gesamtdeutsch zu denken war gerade für Künstler, Intellektuelle und auch für viele Menschen in den Kirchen mit einem schlechten Gewissen verbunden und sollte es auch sein. Der verlogene und ritualisierte Antifaschismus der SED lieferte ihr nicht nur eine Legitimation der Macht im „antifaschistischen Friedensstaat“, son-

dern ging den Menschen tief unter die Haut. Aus dem ehrlichen Verlangen, nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, fanden sich viele Menschen mit dem Versuch ab, es anders zu machen, einen völligen Neuanfang deutscher Geschichte zu probieren. Das instrumentalisierte die SED rücksichtslos. Der 17. Juni 1953 wurde als faschistischer Putsch deklariert und die Mauer zum antifaschistischen Schutzwall erklärt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß es nicht nur verletzend, sondern auch höchst wirksam war, wenn einem direkt oder indirekt der Faschismus-Vorwurf in der DDR gemacht wurde, weil man politisch und religiös ein „Andersdenkender“ war.

Der antifaschistische Mythos der SED ist gründlich aufgeklärt. Aber damit ist noch nicht das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte in rationale Bahnen gelenkt. Immer noch scheint es, als sei Geschichts- und Nationalbewußtsein eine verdächtige Angelegenheit. Zwischen zynischen Reflexen vieler Intellektueller und rückwärtsgewandter nationaler Hysterie einer Minderheit in der nationalen Frage, scheint es wenig zu geben. Es ist zwar Unsinn, der Masse der Bevölkerung in Deutschland ein „Deutsch-Mark-Bewußtsein“ zu unterstellen. Das traf generell weder auf die Westdeutschen zu, wie es auch nicht das ostdeutsche Einheitsverlangen von 1989/90 erklärt. Wahr ist aber, daß ein deutsches Nationalbewußtsein weder hinreichend definiert noch plausibel vermittelt wird. Und jeder der darüber laut nachdenkt, setzt sich der Gefahr aus, in eine nationalistische Ecke gestellt zu werden. Schweigen, Begriff und Sache Deutschland geschichtspolitisch zu neutralisieren, als Landkartenproblem dar-



zustellen und Gefühle zu leugnen, sind dagegen eine gute Versicherung, nicht anzuecken.

## Bewußtsein von deutscher Identität

Weil die deutsche Gesellschaft aber auf Dauer nicht ohne ein Bewußtsein von deutscher Identität existieren kann, plädiere ich für den Mut zum Pathos im Umgang mit deutscher Geschichte und Kultur. Ich sage gleich dazu, um nicht nur halb verstanden zu werden: Das Wort Pathos leitet sich von „Leiden“ ab. Um uns zu Deutschland zu bekennen, müssen wir an unserer Geschichte auch leiden. Und tiefes Leiden ist keine Form des Massenschismus, nicht der Genuß an den Schmerzen, die wir uns und anderen in der Geschichte zugefügt haben, sondern die Annahme einer Wirklichkeit, der es sich zu stellen gilt. Nur wenn wir an Auschwitz leiden, werden andere Namen von Menschen, Orten und Ereignissen als das schöne, gute und befreiende Erbe deutscher Kultur uns anrühren können. Nichts anderes gilt auch für die 1990 gewonnene Einheit. Sie muß geschichtspolitisch definiert und mental vermittelbar gemacht werden. Das bedeutet, daß sie mit Pathos vergegenwärtigt werden muß, um auch angenommen zu werden.

Um auf die Reichstagsverhüllung zurückzukommen: Nach dem freundlichen Spektakel der Verhüllung folgt die Enthüllung, die neue Blicke auf das steinerne Symbol der Geschichte ermöglicht. Auch die Geschichte der Einheit muß enthüllt werden. Dazu gehört auch das Leiden an dem, was zur Teilung geführt hat, was sie aufrechterhielt, welche neuerlichen Opfer sie gekostet hat, mit welchen Lügen sie gerechtfertigt wurde und welche Täuschungen und Selbsttäuschungen im Spiel waren. Wir müssen daran leiden, daß viele Menschen wieder einmal in Deutschland einer politi-

schen Heilsbotschaft aufgefressen sind, daß es gelungen war, tausende Menschen in ein abscheuliches Spitzelsystem zu verstricken, ohne bis heute ein Unrechtsgefühl entwickeln zu können, daß unter dem Motto von Staatsraison und Pflichterfüllung vorauseilender Gehorsam geleistet wurde.

Die Kirchen müssen daran leiden, daß ihnen ein Großteil der Bevölkerung mit Zwang und Lüge entfremdet wurde. Und die einzelnen Menschen müssen daran leiden, was ihnen als Opfer und Täter und manchmal als beides zugleich angetan wurde oder sie sich selbst antaten.

Aber auch im Westen muß daran gelitten werden, daß vorbei geschaut, schön geredet oder auch dort die SED-Macht mit Ewigkeitswert versehen wurde. Erst dann wird der Blick frei für die Umstände und für die menschlichen Leistungen, die die Einheit ermöglichten.

### Stimmen der Demokratie und Einheit

Für mich sind dies vor allem zwei Dinge, die gewürdigt werden müssen. Einmal waren es die **DDR-Oppositionellen** sowie der **Aufbruch der Bevölkerung** im Herbst 1989. Die Bürgerrechtler waren die Stimme der **Demokratie** und die Demonstranten die Stimme der **Einheit**. Zum anderen war es die Politik der Bundesregierung, die Gründe und Umstände klug und verantwortungsvoll erkannt hat und das „Fenster der Geschichte“ zur Verwirklichung der Einheit aufgestoßen hat. Freilich haben Bundesregierung und Bürgerrechtler möglicherweise - nein, auch tatsächlich - vor und in der Wende Fehler gemacht, manches falsch eingeschätzt und auf Grund ihrer unterschiedlichen Erfahrungen bisweilen aneinander vorbei gehandelt. Darüber kann man sich ärgern. Doch das entwertet nicht das, was die Einheit vorbereitete und schließlich ermöglichte.

**Die Einheit sollte kräftig gefeiert werden.** Aber noch ist geschichtspolitisch nichts entschieden. Es sind noch genügend Kräfte am Werk, die die neuen Geschichtslegenden spinnen. Der PDS-Abgeordnete im Bundestag, Gerhard Zwerenz, hat Bärbel Bohley und die Bürgerrechtler als „Hitlers Kinder“ beschimpft und die Fraktions-

kämpfe in der SED in den fünfziger Jahren als den eigentlichen Widerstand bezeichnet. Es gibt Publizisten und angesehene Intellektuelle, die Bürgerrechtler als Bürgergerrächer titulieren, weil sie an der Aufklärung in Stasiaktivitäten interessiert sind.

### Gegen Versöhnung ohne Wahrheit

Leider werden in den Kirchen auch immer wieder abwertende Stimmen gegenüber denen laut, die als Opposition in der DDR gegen die SED gerungen haben. Dies ist

Der kleinste gemeinsame Nenner für die Identität der DDR-Opposition ist der Begriff „Bürgerbewegung“

Erhard Neubert, 21. 4. 1995

um so betrüblicher, da die Oppositionellen fast alle in den Kirchen und aus ihnen heraus handelten. Die Kirchen hätten im Herbst 1989 wohl ein trauriges Bild abgegeben, wenn es in ihnen keine Oppositionellen gegeben und wenn keine Friedensgebete stattgefunden hätten. Die Aversionen gegen die Bürgerrechtler wurzeln in der Verschleierung der Schuld und sollen der großen Harmonisierung, einer Versöhnung ohne Wahrheit dienen. So wie mit der Unterstellung, daß Politiker, die die Einheit wollten und sie durchsetzten, letztlich Großmachtgelüste haben, wird mit der antinationalen Karte ein undemokratisches Spiel gespielt. Doch wir brauchen in Zukunft keine besondere deutsche Sendung, keine Volksgemeinschaft, keine sozialistische Menschengemeinschaft oder irgendeine andere Vision von überhöhten Ansprüchen und Erwartungen, um aus Deutschland etwas zu machen.

### Beitrag der Kirchen

Als europäisches Land, das wie seine Nachbarn endlich die nationale Idee und die liberale Demokratie miteinander verbinden konnte, ist es Deutschland als solches schon wert, politisch verteidigt und in un-

seren Gefühlen beheimatet zu werden. Die Kirchen könnten dazu einen Beitrag leisten, gerade in den neuen Bundesländern und gerade auch der ostdeutsche Protestantismus. Er muß nun seine **eigene Rolle definieren** und sich auch fragen, was er der Gesellschaft und was er Deutschland schuldig ist. Dazu muß erkannt werden, daß der DDR-Staat mit seinen totalen Ansprüchen etwas anderes ist als die verschiedenen Ebenen des heutigen deutschen Staates. Engagement heute ist darum nicht gleichzusetzen mit Kolaboration mit einer dem Christlichen feindlichen Macht, sondern ist Voraussetzung jeder sozialen und kulturellen Existenz.

Allein die Tatsache, daß zahlreiche Theologen und engagierte kirchliche Laien im Zuge der Wende in die Politik gegangen sind, zeigt, welche dem Lande zugute kommenden Potenzen im Protestantismus vorhanden sind. Aber dies muß zielgerichtet entwickelt werden. Die in der DDR erzogene jüngere Generation braucht Hilfen, um sich im gesellschaftlichen System und in der nationalen Kultur Deutschlands heimisch zu fühlen. Das ist mehr als nur eine Bildungsfrage und mehr als das Erlernen sozialer Techniken.

Es muß erfahrbar vermittelt werden, daß die in der neuen Gesellschaft erforderliche individuelle Selbstbehauptung auf inneren Gewißheiten beruhen muß, die begrenzen und freisetzen. Insofern hat christliche Mission auch etwas mit der Hilfe zur **Entwicklung einer Identität** zu tun, die die nationalen Voraussetzungen nicht außer acht läßt. Ich kann mich gut erinnern, daß im Lutherjahr 1983, als sich offiziell zwischen Staat und Kirche in der DDR eine große Übereinstimmung abzeichnete, in einem Thüringer Dorf sich junge Leute aus einer Kirchgemeinde daran machten, einen Lutherbaum auf dem Dorfplatz zu pflanzen. Das harmlose Ereignis geriet zum harten Kampf mit den Staatsorganen. Die jungen Leute haben damals sowohl ihre politische und nationale Einstellung verteidigt, wie sie dies auch selbstverständlich mit ihrem Glauben in Verbindung brachten. Die konstruierte Lutherideologie der SED ist inzwischen als Nonsens zu verbuchen, der Baum aber in diesem Dorf wächst. ■

**Anm.:**

Ehrhard Neubert ist Referent der Studien- und Begegnungsstätte der EKD in Berlin.

# Was rechtens ist, ist noch lange nicht richtig

## Zur Entfernung der Kreuze aus den Schulen

Horst Georg Pöhlmann

Als ich am 10. August im Auto die Nachricht von der durch das Bundesverfassungsgericht angeordneten Entfernung der Kreuze aus den Schulen hörte, traute ich meinen Ohren nicht und ich dachte sofort an eine analoge Maßnahme der NS-Regierung 1941, die Kreuze aus den Schulen zu entfernen, die ich als Kind miterlebte und die in meinem bayerischen Heimatort am Widerstand der katholischen wie evangelischen Bevölkerung scheiterte. Ich bin, wie viele andere, bestürzt über diese Entscheidung und kann nur hoffen, daß sie am Elternprotest ähnlich wie 1941 scheitert. Wir lassen uns das nicht nochmal gefallen! Abwiegelungsversuche, es sei ja gar nicht angeordnet worden, daß die Kreuze entfernt werden, vernebeln nur das Problem. Denn im Klartext ist nichts anderes gemeint mit der verklausulierten Entscheidung. Daß dem Deutschen Richterbund nichts anderes einfällt, als in einer Art Maulkorbverbot die Proteste gegen dieses Gericht zu verbieten, weil es „letztverbindlich“ entscheide, macht die Sache nur noch schlimmer.

**Der Staat und staatliche Institutionen gehören nach christlicher Lehre nicht zu den letzten, sondern zu den vorletzten Dingen.** Sie mit der Aura der Letztgültigkeit und Unfehlbarkeit zu umgeben, macht aus dem Staat einen Gott. Von daher gibt es für den Christen Grenzen des Gehorsams gegenüber dem Staat. Sie sind erreicht, wenn dieses prägende Symbol unseres christlichen Kulturkreises durch einen Verwaltungsakt kurzerhand in die Besenkammer verwiesen wird und religiöse Gefühle mit Füßen getreten werden. Was rechtens ist, ist noch lange nicht richtig.

Es steht zu befürchten, daß das Gericht vom „Grundsatz staatlicher Neutralität“ und egalité her auch die christlichen Feiertage, den christlichen Sonn-

tag, den Gottesbezug in der Verfassung, den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und die theologischen Fakultäten „für nichtig erklärt“, wenn wir nicht durch einen energischen Protest den Anfängen wehren.

Das Verfassungsgericht bemüht bei seiner Argumentation das „Toleranzgebot“ und den Toleranzbegriff. **Doch das Breiwort „Toleranz“ ist vieldeutig.** Viele verstehen unter Toleranz einen Neutralismus, der gleichgültig Wahrheiten nebeneinander stellt. Mit dem Toleranzbegriff ist aber in dem ursprünglichen Lessingschen Sinn etwas ganz anderes gemeint, die Liebe, die nach dem Neuen Testament „nicht sich selbst sucht“ (1. Kor. 13,5), sondern den anderen, die sich hineindenkt und hinein fühlt in den anderen, die den anderen in seinem Anderssein achtet, die sich losläßt und einläßt auf den anderen. Von diesem Toleranzbegriff her ist sicher der „Minderheitenschutz“, von dem das Bundesverfassungsgericht redet, sehr wichtig, aber doch umgekehrt auch der „Mehrheitenschutz“.

Ich denke, das wäre im tiefsten Toleranz, daß eine Minderheit die Mehrheitsmeinung respektiert und den anderen in seinem Anderssein gelten läßt. **Eine Diktatur von Minderheiten wäre eine Karikatur dieser Toleranz.** Das Verfassungsgericht übergeht vollständig das Faktum, daß wir in einem Land wohnen, wo Zweidrittel bis Dreiviertel der Bevölkerung einer christlichen Religionsgemeinschaft angehören und daß wir in einem von Christentum geprägten Kulturkreis leben. Kann man eigentlich nicht von lernbereiten jungen Menschen einer Minderheit sogar erwarten, daß sie einen mehrheitlichen Kulturkreis kennenlernen und - bei aller Distanz - vielleicht sogar miterleben, statt sich gegen ihn feindselig abzuschotten? Tue ich das nicht auch umgekehrt in einem nichtchristlichen Kulturkreis?

**Doch mißverstanden wird nicht nur der Begriff „Toleranz“, sondern auch der Begriff „Kreuz“.** Das Verfassungsgericht, das sich offenbar nicht theologisch informiert hat, erliegt vor allem einem haarsträubenden Kreuzesverständnis, das eine polemische Karikatur des christlichen Verständnisses ist. Es mißversteht es als Zwangssymbol und Gewaltsymbol, wenn es von ihm schreibt, der Schüler sei „gezwungen, unter dem Kreuz zu lernen“ - als einer Art Freudschen Über-Ich. Es habe „appellativen Charakter und weise die von ihm symbolisierten Glaubensinhalte als vorbildhaft und befolgungswürdig aus“, übe als „Symbol der missionarischen Ausbreitung des Christentums“ Druck aus usw. Daß das bloße Vorhandensein eines Kreuzes in einem Schulzimmer einen Zwang ausüben soll, ist geradezu absurd und es ist unerfindlich, wie die klagenden Schüler und ihre Eltern es in der Weise mißverstehen können.

Nach christlichem Verständnis ist das Kreuz - gerade umgekehrt - ein Symbol der Toleranz und Liebe, kein Zwangssymbol. **Der gekreuzigte Gott ist doch gerade umgekehrt kein Gewaltsymbol, sondern ein Symbol gewaltloser Liebe.** Gott stirbt für uns am Kreuz, so sehr liebt er uns. Er nimmt am Kreuz in seinem Sohn das Gericht auf sich, das wir verdient haben. Das und nichts sonst ist mit dem Kreuz im christlichen Verständnis gemeint, kein Zwang, sondern die befreiende Liebe, die sich nicht behalten, sondern verlieren will, die übrigens auch befreien kann von den Zwängen des schulischen Leistungssystems.

Wo soll das hinführen, wenn einzelne etwa auch ein Kreuz im Friedhof, auf dem Marktplatz oder auf dem Kirchturm oder den Kirchturm selber als Zwang erleben, der gegen die egalité verstößt und „unter dem“ man nicht leben kann, - in der Französischen Revolution wurde ja bekanntlich deshalb sogar gefordert, sie abzureißen. Letztlich geht es hier um die Entöfentlichung, Privatisierung und Belanglosigkeitserklärung von Religion, so sehr die gestelzten Formeln aus dem Phrasenfundus des Pluralismus etwas anderes vortäuschen. („Neutralität, „Gleichheit“ etc.)

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts provoziert noch manch andere

# Christliche Wurzeln in Deutschland stärken

**Klaus Dieter Reichardt**

1994 vertraten bei einer Umfrage im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung 27 Prozent der Menschen in den jungen Bundesländern die Meinung, ein erneuerter Sozialismus wäre für das zukünftige Deutschland besser als das bisherige marktwirtschaftliche System der Bundesrepublik. 24 Prozent beurteilten diese Frage neutral. Die Vergleichsdaten im Westen liegen bei 11 Prozent Zustimmung und 20 Prozent neutralem Verhalten. Noch günstiger schnitt der illusionistische Traum vom endgültigen diesseitigen Glück in Projektion auf die Zukunft ab, denn 74 Prozent der Menschen in den neuen Ländern stimmten der Aussage zu: „In hundert Jahren werden die Leute sagen, daß der Sozialismus auch seine guten Seiten hatte“. Immerhin noch 12 Prozent sahen diese Prognose mit mehr oder weniger wohlwollender Neutralität (im Westen lagen die Vergleichsdaten bei 41 Prozent Zustimmung und 23 Prozent der Befragten mit neutraler Position).

Sozialismus wird bisher weder für die menschenverachtende Reduzierung des einzelnen auf vorgegebene Funktionen im Kollektiv im notwendigen und richtigen Maß verantwortlich gemacht - noch für sein totalitär-autoritäres Staatsverständnis und sein vom eigenen Denksystem her geradezu logisches Versagen vor ökonomischen wie ökologischen Aufgaben. Die verharmlosende Sozialismus-Diagnose Millionen Deutscher kann zur schweren Hypothek der Zukunftsgestaltung aller Deutschen werden.

Denn das wiedervereinigte Deutschland als wirtschaftlich starke und politisch vergleichsweise stabile Nation in Europas Mitte steht in den nächsten Jahren vor unangenehmen Entscheidungen, etwa um als Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben oder um seiner vielfältigen internationalen Verantwortung gerecht zu werden. Deshalb darf es sich in eigenem Interesse nicht in Pseudolösungen flüchten, die beispielsweise nach dem Muster „Benede und verteile“ oder „Stecken wir kollektiv den Kopf vor den Realitäten in den Sand, dann wird es uns gut gehen“ angeboten werden. Solche Schalmeientöne werden umso

mehr locken als zu treffende Entscheidungen unpopulär scheinen. Von rechts wird in derartigen Situationen stets getrommelt, alle Probleme seien lösbar, wenn nur der Staat straff organisiert und seine Ausrichtung national sei.

Wer Gründen für solche gefährlichen Vereinfachungen auf den Grund gehen möchte, wird deren theologische Implikationen wohlweislich nicht übersehen. Quasi-endzeitliche Sinnerfüllung im Diesseits, damit Aufhebung des Transzendenten, sowie kollektive Verordnungen der scheinbar richtigen Nächstenliebe sind verfremdete theologische Prinzipien der sozialistischen Traumfabrik. Die Aufhebung des Transzendenten widerspricht allerdings dem Glauben an den dreieinigen Gott in seiner zeitlichen und örtlichen Ubiquität.

Die kollektive Verordnung einer scheinbar für alle richtigen Nächstenliebe widerstrebt der Personalität des Men-

Fragen: Ist es nicht wichtig, daß es föderalistische Besonderheiten in den Bundesländern, wie diese in Bayern, gibt oder zielt das Verfassungsgericht mit seiner schulrechtlichen Gleichmacherei auf eine uniformierte und nivellierte Massengesellschaft ab, in der es nur noch „Räume ohne Eigenschaften“ gibt? Braucht der Mensch nicht in der kalten Zweckrationalität unserer technischen Welt bergende Traditionen? Braucht er nicht in der Diktatur des belanglosen Symbole, die ihm Halt geben? Das Problem liegt doch viel tiefer, um das es hier geht, daß der Mensch von heute geschichtslos lebt und keine Traditionen mehr hat, daß er in Gefahr steht, nur noch zu konsumieren und zu produzieren und keine übergreifenden Ziele mehr hat, daß es keine gemeinsamen Werte mehr gibt, sondern jeder seinem Leben einen hausgemachten Sinn verleiht, daß dem hyperindividualistischen Einzelgänger unserer Ego-Gesellschaft Vergangenheit und Zukunft schnuppe sind, weil er nur einen Grundwert kennt, möglichst viel zu konsumieren.

Das Verfassungsgericht verkennt die Situation unserer Gesellschaft mit seinem oberflächlichen Neutralismus und Wertrelativismus. Es wäre zu wünschen, daß es seine Entscheidung revidiert oder wenigstens dahingehend novelliert: **Die Kreuze können in den Schulen bleiben, wenn sich nicht vor Ort eine Mehrheit der Eltern dagegen entscheidet.** Schlichten ist besser als Richten!

Im übrigen kann man nur hoffen auf einen ökumenischen Schulterschuß bei der Protestkundgebung am 23. September in München. Es geht hier um ein christliches, nicht nur um ein katholisches Anliegen.

**Eine Krise ist sicher auch eine Chance.** Sie rauht glatte Selbstverständlichkeiten auf, so daß man sich an ihnen reibt und gezwungen ist, über sie nachzudenken. ■

**Anm.:**

Dr. habil. Horst Georg Pöhlmann ist Professor für Systematische Theologie und hat einen Lehrstuhl an der Universität Osnabrück.

## Das Verhältnis von Jugendlichen zur Religion

„Es gibt einen Gott“, glauben

**44 %**

der westdeutschen Jugendlichen bis 26 Jahre

**14 %**

der ostdeutschen Jugendlichen bis 26 Jahre

schen, der gegenüber Gott, sich selbst und seinem Nächsten Verantwortung trägt. Insofern ist die plausible Erklärung der Vereinbarkeit von Christentum und Sozialismus bisher - trotz mancher Versuche - nicht gelungen. Für rechte Ideologien gilt Gleiches: auch sie versuchen hartnäckig, ihr vorgegebenes Bild von Gesellschaft und Mensch an die Stelle Gottes zu setzen.

### Suche nach Orientierung

Bei der Suche nach Orientierung und Werten für Gegenwart und Zukunft stehen Christen in der Pflicht, präzise und mutig ihren Glauben und ihre Vorstellungen zum Miteinander der Menschen - gerade auch als Alternative zu menschenverachtenden Irrwegen - zu artikulieren.

Theodor Adorno hat zu Recht festgestellt, mit minima moralia sei kein Staat zu machen. Der Wunsch nach ideologiefreier, weltanschaulich neutraler oder wertfrei sachorientierter Politik bleibt unerfüllbar, weil Menschen, die im politischen Feld arbeiten, jeweils ihre Anschauung von Mensch, Gesellschaft und Welt mitbringen. Außerdem reicht - in Anlehnung an die These von Adorno - der rein formale oder formelhafte Minimalkonsens über Werte, deren Inhalte jeder nach Belieben deutet, zur Fundierung eines Gemeinwesens keineswegs aus. Im Jahr des 50jährigen Bestehens der CDU wurde eben deshalb - etwa durch den Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler oder den Generalsekretär - mit Recht und Nachdruck betont, daß gerade das „C“ spezifisch und grundlegend für die erfolgreichste Volkspartei Europas war und bleibe.

Nach unserer geschichtlichen Erfahrung hat der Sozialismus in allen realisierten Formen den Menschen als Person mißachtet und erniedrigt, vielfach geknechtet bis zum Tod. Dies gilt gleichfalls für rechte Systeme. Weitere Experimente sind nicht anzuraten, wenn man vor Gott und Menschen verantwortlich fühlt und denkt. Gerade in den neuen Ländern mit jahrzehntelanger Gewöhnung an sozialistische Leer- und Traumformeln wird der Zusammenhang zwi-

schen Prägung aus SED-Zeiten und einer kontinuierlichen Abwendung von rund elf Millionen Menschen vom Christentum deutlich. Die Tatsache, daß die christentumsfeindliche nationalsozialistische Schreckensherrschaft der SED-Diktatur dort praktisch unmittelbar vorausging, markiert den Beginn staatlich verordneter Entchristianisierung im Gebiet der jetzigen neuen Bundesländer.

Die Abkehr von Glauben und Traditionen des Christentums wirkt sich auf Wertorientierungen, Wertgefüge und Wertebildung jedes einzelnen und einer Gesellschaft insgesamt aus. Dies können wir heute am Beispiel der neuen Länder feststellen. So fehlt die Verwurzelung des Glaubens von Kindesbeinen an, wenn es hierfür keine Vorbilder in Familie und Freundeskreis gibt. Weder aus politischer noch aus kirchlicher Sicht kann aber Interesse bestehen, daß anstelle des Doppelgebotes der Gottes- und Nächstenliebe und der zehn Gebote dauerhaft illusionäre Vorstellungen von Ethik oder gar ethischer Nihilismus treten. Nach dem Ende des SED-Staates flüchten sich viele Menschen in eine sinnlose DDR-Nostalgie, gleichzeitig ist hohes Bedürfnis nach Werten und Beantwortung von Sinnfragen festzustellen. Die Kirchen im wiedervereinigten Deutschland sind ebenso herausgefordert wie die große Volkspartei mit dem „C“ im Namen. Es geht um eine neue, **missionarische** Kraftanstrengung für den christlichen Glauben und dessen ethische Wegweisung für Deutschland nach der Wiedervereinigung.

### Kirchliche Prägung im Osten

Im alten Bundesgebiet wie in den neuen Ländern zeichnen sich Gläubige mit sehr starker oder starker Bindung an Kirchen und Christentum politisch durch Widerstandskraft gegen prononcierte Strömungen von rechts oder links aus. Sie haben eine vergleichsweise starke Hinwendung zur „C“ DU als Volkspartei der Mitte. Allerdings ist in der ehemaligen DDR der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung wesentlich niedriger als im Gebiet der alten Bundesrepublik: 42 Prozent der Bevölkerung in den alten Bundesländern bekennen sich als Katholiken, 39

„Es gibt eine überirdische Macht“, sagen

**38 %**

der westdeutschen Jugendlichen bis 26 Jahre

**22 %**

der ostdeutschen Jugendlichen bis 26 Jahre

Prozent als Protestanten, nur 26 Prozent in den neuen Ländern als Protestanten und knapp fünf Prozent als Katholiken. Bereits bei der ersten theologischen Grundfrage wirkt sich die Kirchenferne in den neuen Ländern aus: 61 Prozent der repräsentativ befragten Westdeutschen beantworteten 1991 die Frage „Gibt es Gott?“ mit „Ja, ich glaube, daß es Gott gibt“, aber nur 21 Prozent der Ostdeutschen vertraten diese Meinung.

Die gerade durch das Christentum mit der Frage nach Gott eng verknüpfte Frage, ob es ein Leben nach dem Tod gibt, beantworteten zum Jahreswechsel 1990/1991 51 Prozent der Westdeutschen zustimmend, während 83 Prozent der Ostdeutschen sie entschieden verneinten, lediglich 14 Prozent bejahten. Im Frühjahr 1994 widersprachen nach einer Allensbach-Umfrage 57 Prozent der Westdeutschen der Forderung, den Bezug auf Gott aus der Präambel des Grundgesetzes zu streichen, während 20 Prozent für diese Streichung plädierten. In Ostdeutschland hingegen wollten 48 Prozent den Hinweis auf Gott aus der Verfassung gestrichen haben, nur 22 Prozent waren dagegen, jeder Dritte stand der Frage gleichgültig gegenüber. Der Atheismus, eine entscheidende Komponente marxistisch-leninistischer Heilslehre, hat unübersehbare Spuren hinterlassen. Die Ideologie eines Staates, der beanspruchte, seinen Genossen Freiheit von Not und allen Lebenslagen zu sichern, wirkt unübersehbar nach, wenn noch im Februar 1995 21 Prozent der Menschen in den neuen Bundesländern glauben, die DDR habe Menschenwürde und Menschenrechte besser geschützt als die neue Bundesrepublik und 44 Prozent diese Frage mit „Ich weiß es nicht“ beantworteten.

Eine Initiative für vertieftes Verstehen unserer Demokratie, zur Immunisierung gegen alle Formen von diktatorischem oder autoritärem Staatsverständnis sowie zur geistigen und emotionalen Überwindung des Sozialismus bleibt während der nächsten Jahre eine entscheidende Aufgabe der CDU in der weltanschaulichen Diskussion unseres Landes. Als 1989 und 1990 vorschnell der Tod des Sozialismus verkündet wurde, sahen Realisten den sozialistischen Traum auf zeitweisen Rückzug mit Wiederbelegungsgefahr in zahlreichen Varianten und Verkleidungen.

Wahlerfolge rechter Gruppierungen, die in den letzten Jahren immer wieder wie aus dem Nichts in Landesparlamente einzogen, ließen ebenso erschrecken wie der Erfolg der SED-Nachfolgepartei PDS bei der Bundestagswahl im Oktober 1994. Versuche, die deutsche Politik zur ideologiefreien Zone zu erklären, helfen wenig, wenn wir diese Herausforderungen ernst nehmen. Anstatt unrealistischer Postulate nach Ideologiefreiheit brauchen wir eine tiefgreifende, wertorientierte Initiative für unsere Demokratie. Für die CDU wird dies eine entscheidende programmatische Aufgabe der nächsten Jahre. Unser Beitrag zur Wertediskussion, die auch in Deutschland verstärkt geführt wird, darf nicht verweigert oder durch Anlehnung an falsche politische Zerrbilder und Heilslehren ersetzt werden. Die Diskussion um den Schutz der Schöpfung darf beispielsweise nicht mit Alleinvertretungsansprüchen für bestimmte Sachpositionen vertreten werden, als müßte sich der Mensch an die Stelle des Schöpfers selbst setzen.

Gegenüber Heilslehren von rechts wie von links ist Immunisierung unverändert notwendig. Auch in Zukunft bleibt unverzichtbar, die nationalsozialistische Diktatur in breitem gesellschaftlichem Konsens aufzuarbeiten, ohne daß wir die terroristische Systematik der Judenvernichtung in ihrer unsagbaren Gottes- und Menschenverachtung je wirklich verstehen könnten. Zum umfassenden Lernen aus der Geschichte der Pervertierung von Staatlichkeit gehört auch, die SED-Diktatur oder die Schreckensherrschaft der „roten Zaren“ im Kreml uneingeschränkt und in Kenntnis ihrer Verbrechen zu verurteilen. Schönredner sollten

nicht länger versuchen, diese Systeme als eine Art jederzeit korrigierbaren Betriebsunfall der im Kern guten sozialistisch-kommunistischen Idee zu verharmlosen. Der 20. Juni muß in lebendiger Erinnerung bleiben und ebenso selbstverständlich ist es, den 13. August nicht dem Vergessen anheimfallen zu lassen.

Die vorgeschlagene programmatische Initiative für beständige und verstandene Demokratie bedarf nach meinem Verständnis der Verwurzelung in soliden, christlich geprägten Grundlagen. Denn im Gegensatz zu Heilslehren des Diesseits bewährt christlicher Glaube vor dem Irrtum, schon vor dem eigenen Tod eine Art Reich Gottes errichten, alle Ungerechtigkeiten des praktischen Lebens letztgültig erklären und beseitigen sowie einen allgemein verbindlichen Kodex der Mitmenschlichkeit definieren zu müssen. Die Behauptung Dostojewskis, daß Humanität ohne Divinität zur Bestialität werde, gilt nach vielen Fehlversuchen diesseitiger Umsetzung atheistischer Welterlösungsmodelle als grundsätzlich richtig. Gerade für das wiedervereinigte Deutschland bleibt nach Nationalismus und SED-Staat latente Gefahr, wenn wir diesen Zusammenhang nicht ernstnehmen. Allerdings sehen wir unsere freiheitliche, vielfältig an christlichen Wertmaßstäben ausgerichtete Demokratie derzeit zu Recht als auch im internationalen Vergleich gefestigt.

### Kritische Aufbereitung von Geschichte

Deshalb gewinnt für das behutsame Zusammenwachsen Deutschlands und Europas das „C“ als programmatischer Bestandteil unserer Partei neue Aktualität. Denn nachdem wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aufschwung der neuen Bundesländer gegen Skepsis und manchen obstruktiven Pessimismus Kontur und Kraft gewonnen hat, geht es jetzt um verstärkte kritische Aufbereitung von Geschichte - im Blick auf die gemeinsame Zukunft. Und es geht um lebendige und verständliche Verkündigung des christlichen Glaubens, der die Erlösung der Menschen in Hand und Vollmacht des dreieinigen Gottes gibt. Aus christlichen Wurzeln kann Einsicht und Mut erwach-

sen, künftig eindeutig und ohne Schönreden Lehren aus der Geschichte ganz Deutschlands ab dem Ende der Weimarer Republik zum Zerfall der DDR zu ziehen; das heißt, jeder Form von totalitärer oder autoritärer Staatslehre eine klare und argumentativ fundierte Absage zu erteilen.

### An christliche Impulse anknüpfen

Die Hinwendung zur freiheitlichen Demokratie in der ehemaligen DDR wäre ohne den Beitrag der Christen keineswegs denk- und vorstellbar. Insgesamt haben sich die Kirchen um den Prozeß zur deutschen Einheit hoch verdient gemacht, insbesondere in den neuen Bundesländern. An die christlichen Impulse für die Bürgerbewegung der DDR wäre bei der kritischen Aufarbeitung der Geschichte anzuknüpfen. Viele Vertreter dieser Bürgerbewegung öffnen sich derzeit erkennbar für die CDU, die sich mit totalitären und autoritären Staatsmodellen klar und ohne falsche Duldung auseinandersetzt.

Besinnen wir uns mit neuem Mut und mit Gottvertrauen auf diese Wurzeln als unverzichtbaren Teil deutscher und europäischer Geschichte, knüpfen wir damit politisch an beste Traditionen unserer Partei an. Gleichzeitig bedeutet dies eine Aufforderung an die Kirchen in Deutschland, Verkündigung und Mission im eigenen Land zu einem Arbeitsschwerpunkt gerade der nächsten Jahre zu machen. Mit rund 70 Prozent Nichtchristen sind die jungen Bundesländer für Verkündigung und Mission im eigenen Land ein dankbares Feld. Und auch im alten Bundesgebiet überwiegen diejenigen Kirchenmitglieder, die Martin Luther als „laue Christen“ bezeichnet hätte. Die christlichen Grundlagen unseres Volkes zu stärken, käme Deutschland und Europa insgesamt zugute. Dieses Ziel wäre eine Gemeinschaftsaufgabe, der sich Kirchen wie CDU, in ihrer unterschiedlichen Verantwortung, sehr bald überzeugend stellen sollten. ■

Anm.:

Klaus Dieter Reichardt ist Mitglied des Deutschen Bundestages

## Aus der Geschichte lernen – mehr als ein frommer Wunsch?

Günther Rütter

Gerade noch rechtzeitig vor der Sommerpause hat der Deutsche Bundestag erneut eine Enquete-Kommission zur Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Diktatur eingesetzt. Aufbauend auf den bereits vorliegenden detaillierten Ergebnissen und vielfältigen Denkanstößen der Kommission aus der vorangegangenen Legislaturperiode, soll sie zu „einer politisch-historischen Analyse und einer politisch-moralischen Bewertung der SED-Diktatur“ beitragen, auf die „äußeren und inneren Folgen und Nachwirkungen der SED-Diktatur und die daraus erwachsenden Probleme für den Prozeß der inneren Einigung“ eingehen, um auf diese Weise den gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitungsprozeß zu fördern.

Auch wenn diese Aufgabenstellung auf den ersten Blick wenig Anlaß zur politischen Auseinandersetzung zu bieten scheint, so wurde um sie doch heftig parlamentarisch gerungen. Zeitweilig schien es sogar, daß sich der Bundestag nicht mehr mit einem breiten politischen Konsens auf die erneute Einsetzung der Enquete-Kommission würde verständigen können.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Wolfgang Thierse, erhob grundsätzliche Bedenken, die offensichtlich in seiner Fraktion geteilt wurden, obwohl Markus Meckel und einige andere SPD-Abgeordnete grünes Licht für den Antrag der Fraktionen CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P. signalisierten hatten. Thierse kritisierte vor allem, daß die im Zuge des Transformationsprozesses neu entstandenen Probleme „das politische und gesellschaftliche Verhalten der Menschen in Ostdeutschland heute ebenso prägen wie die Auswirkungen der SED-Herrschaft“. Ferner befürchtete er, daß die Leistungen der DDR-Bürger durch eine pauschale Verurteilung ihres

Staates entwertet und die Arbeit der Kommission für parteipolitische Zwecke mißbraucht werden könne. Seine Interventionen führten dazu, daß die Mehrheit der SPD-Fraktion dem Antrag der Fraktionen nicht zustimmte; sie enthielt sich; die PDS lehnte ihn ab.

### Zur Gegenwartsorientierung beitragen

Die Auffassung, ob es lohne, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, um daraus zu lernen, fand noch zu keiner Zeit ungeteilte Zustimmung. Es fehlte niemals an politischen Kräften, die den Blick in die Vergangenheit scheuten. Der Enquete-Kommission geht es jedoch nicht nur um eine Vergangenheitsdeutung, sondern auch um eine Gegenwartsorientierung und Zukunftsperspektive. Sie will zur „Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins, des freiheitlichen Rechtsempfindens und des antitotalitären Konsenses in Deutschland beitragen und allen Tendenzen zur Verharmlosung und Rechtfertigung von Diktaturen entgegenwirken.“

Thierse's Argumente gegen die neue Enquete-Kommission vermögen nicht zu überzeugen. Seine indirekte Gleichsetzung der Verbrechen des SED-Unrechtsstaates mit den Problemen, die der deutsche Einigungsprozeß nolens volens den Menschen in den neuen Ländern auflud, verwischt auf gefährliche Weise die Grenzen zwischen einer totalitären Diktatur und einer freien Gesellschaft, die in einem Rechtsstaat lebt. Die vertiefte Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur hat natürlich nicht zum Ziel, DDR-Biographien zu vernichten und die Lebensleistung unbescholtener Bürger zu entwerten. Vielmehr kommt in dieser Befürchtung eine kaum nachzuvollziehende geistige Schiefelage zum Ausdruck. Wie soll denn die Beschäftigung mit dem SED-Unrecht dazu führen, den DDR-Bürgern erbrachte

Leistungen abzuerkennen? Kann sie ihnen das Gefühl vermitteln, daß sie bisher nichts Rechtes vollbracht hätten?

### Totalitäre Herrschaftsstrukturen offenlegen

Niemand wäre in den Nachkriegsjahren aber auch nur auf den Gedanken gekommen, mit diesem Argument die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Zweifel zu ziehen. Es kann doch nur, wenn überhaupt, für diejenigen in Betracht gezogen werden, die eben nicht unbescholtene sind, sondern Schuld auf sich geladen haben. Nun hat sich die Enquete-Kommission die Aufgabe gestellt, die totalitären Herrschaftsstrukturen des SED-Regimes offenzulegen, dazu gehört natürlich auch, die Ohnmacht des einzelnen gegenüber der Pateiführung und ihren Helfershelfern sichtbar werden zu lassen. So betrachtet, vermittelt sie durch eine differenzierte, wissenschaftlich fundierte Analyse nachvollziehbare Einsichten, die dem einzelnen seinen Platz und seine Rolle im Räderwerk der Diktatur erkennen helfen.

Auch die Sorge, die Arbeit der Enquete-Kommission könne parteipolitisch instrumentalisiert werden, vermag nicht einzu-leuchten, da ihr Mitglieder aller Fraktionen angehören. Selbst die PDS wird mit zwei - wenngleich nicht stimmberechtigten - Vertretern mitarbeiten. Ein Blick auf ihre zurückliegende Arbeit läßt zudem eine parteipolitische Instrumentalisierung nicht erwarten. Wer außer der SED-Nachfolgepartei muß also ernsthaft befürchten, durch die Erhellung begangenen Unrechts in der DDR politische Nachteile erleiden zu müssen? Fast scheint es, als gäbe es eine heimliche Allianz zwischen einigen Linksintellektuellen und Teilen der SPD-Fraktion, die fünf Jahre nach der deutschen Einheit das Scheitern ihrer sozialistischen Träume noch nicht überwunden haben und deshalb am liebsten die Debatte über die DDR-Vergangenheit beenden möchten.

Umgekehrt halten sie jedoch nichts davon, 50 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus auf eine Darstellung seiner Greuelthaten zu verzichten. Wie ist das zu erklären? Ging es dabei vielleicht

letztlich gar nicht um einen moralischen, wie immer behauptet wurde, sondern um einen gesinnungsethischen Anspruch?

Weder unter die Erblast des Nationalsozialismus noch unter die des SED-Regimes darf ein Schlußstrich gezogen werden. Schließlich wäre die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nicht so erfolgreich verlaufen, wenn nicht der Reflex auf das Scheitern der Weimarer Republik und den Nationalsozialismus ihr wirkungsmächtiger Begleiter und ihr spürbares Korrektiv gewesen wären. Die SED-Diktatur fügt diesen beiden ein drittes warnendes Beispiel hinzu, das auch Gegenstand zukünftigen politischen Lernens bleiben sollte.

### Vergleich der Umbruchsituationen

Lassen sich aus einem Vergleich der Umbruchsituationen, nach dem Ende des Nationalsozialismus 1945 und dem Untergang der DDR 1989, Schlüsse für die Gegenwart ziehen? Während 1945 in Westdeutschland trotz 12jähriger NS-Gewaltherrschaft an die Erfahrungen mit Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Weimarer Republik angeknüpft werden konnte, gibt es heute in Ostdeutschland kaum jemanden mehr, der persönlich über vergleichbare Brücken in die demokratische Vergangenheit verfügt. Die dem Nationalsozialismus nachfolgenden 40 Jahre SED-Unrechtsstaat haben die noch verbliebenen positiven Traditionen abendländischer Rechts- und Verfassungskultur durch die Erziehung zu sogenannter sozialistischer Demokratie und sozialistischem Recht beeinträchtigt.

Die Westdeutschen hatten nach 1945 für die Aneignung und den Aufbau einer demokratischen politischen Kultur mehrere Jahrzehnte Zeit - sie werden ihren östlichen Landsleuten zumindest einen Teil dieser Zeitspanne zu diesem Zweck ebenfalls zubilligen müssen. Die Gesellschaft der alten Bundesrepublik benötigte immerhin etwa 20 Jahre, um das überkommene obrigkeitsstaatliche Verhalten abzulegen und einen mündigen Umgang mit den neuen demokratischen Institutionen zu lernen. Aus einer solchen Festlegung sollte kein Vorwurf herausgelesen werden. Sie zeugt viel-

mehr von den Schwierigkeiten, die Menschen haben, ihre politisch-historischen Prägungen abzulegen und sich das Neue zu erschließen.

### Eigene Gedankenwelten

So ist es nicht verwunderlich, wenn viele Ostdeutsche fünf Jahre nach der deutschen Einheit noch in ihrer östlichen und viele Westdeutsche in ihrer westlichen Gedanken- und Wertewelt weiterleben und sich ein gesamtdeutsches gemeinsames Bewußtsein nur langsam entwickelt. Den in vielen demoskopischen Analysen festgestellten restaurativen Tendenzen in den neuen Ländern fehlt vor diesem Hintergrund jede Dramatik. Die SED-Diktatur wurde in der Herbstrevolution in wenigen Wochen niedergedrückt, die Demokratie hat sie binnen kurzem als Staatsordnung ersetzt. Als Lebensstil kann sie jedoch noch nicht so tief verankert sein, wie dies bei denjenigen der Fall sein sollte, die in ihr aufwuchsen.

Die Geschichte als kritischer Bezugsrahmen vermag, auch wenn aus ihr keine Patentrezepte oder Lösungen für die Bewältigung aktueller Probleme abzuleiten sind, dabei zu helfen, die Orientierungssuche und Standortbestimmung zu erleichtern.

Dazu zählt auch, daß die Unterschiede zwischen der NS- und der SED-Diktatur nicht verwischt werden. Der von den Nationalsozialisten mit industriellen Methoden der Massenvernichtung begangene Völkermord an den Juden und die Verfolgung von Zigeunern, Polen und Russen aus rassistischen Gründen sind in der deutschen Geschichte ohne Beispiel. Während das NS-Regime bis in die letzten Kriegsmonate hinein mit einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung rechnen konnte, mußten Ulbricht und später Honecker das Volk hinter Stacheldraht und Mauer einsperren. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß es die Menschen in der DDR selbst waren, welche 1989 die Diktatur beendeten, wohingegen das NS-Regime von außen durch die Alliierten niedergedrückt werden mußte. Und nicht zuletzt hat die SED zwar Angriffskriege geplant, aber nicht geführt. Hitler dage-

gen löste den Zweiten Weltkrieg aus, der mit einer Zerstörung Europas endete.

Aber es geht bei einem Vergleich nicht in erster Linie um eine Quantifizierung der Verbrechen beider Regime, sondern um die grundsätzliche Feststellung, daß diese Verbrechen im Namen einer Ideologie verübt wurden, der Menschen in Partei und Staat zur Macht verhalfen. Deshalb ist es erlaubt, Parallelen zwischen den Unrechtsregimen aufzuzeigen. Die SED-Machthaber haben keinen Völkermord zu verantworten, sehr wohl aber zahlreiche politisch motivierte Morde, die nicht nur in den Internierungslagern bis zu Beginn der 50er Jahre begangen wurden, sondern auch noch danach. Ebenso wie in der Hitler-Diktatur wurden in der DDR Verbrechen vom Staat befohlen, billigend in Kauf genommen bzw. nicht geahndet. Beide Regime bedienten sich der Justiz und einer Geheimpolizei, um politische Gegner systematisch zu verfolgen und zu beseitigen. Zu bedenken bleibt auch, daß sich aus der Sicht des einzelnen Opfers die Unterschiede der beiden totalitären Regime nivellieren.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider deutscher Diktaturen dieses Jahrhunderts erfordern eine intensive Durchleuchtung der historischen Fakten und Zusammenhänge, um möglichen Legendenbildungen vorzubeugen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus kann auch 50 Jahre nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ immer noch nicht als abgeschlossen gelten, obwohl inzwischen umfangreiche und detaillierte Studien vorliegen. Im Vergleich dazu steht jedoch die Erforschung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland noch am Anfang. Die Wiedereinberufung der Enquete-Kommission erhält auch vor diesem Hintergrund Bedeutung. Es wäre ein nicht wieder gutzumachender Fehler gewesen, darauf zu verzichten. ■

**Anm.:**

Dr. Günther Rüter ist Leiter des Bildungszentrums Schloß Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung.

In der kürzlich erschienenen Broschüre „Politische Kultur und innere Einheit in Deutschland“ setzt er sich mit aktuellen Fragen der Politik auseinander.

Der „Text 23“ ist zu beziehen über  
Tel. 022 41/246-598.

# Gedanken zur Diskussion einer „Sozial- und Kultursteuer“

Hans Geisler

Die Überlegungen der Präsidentin der nordelbischen Landessynode, Frau Elisabeth Lingner, zur Einführung einer Sozial- und Kultursteuer waren für mich ein erneuter Anstoß, diesen Aspekt in meine Gedanken zum Umbau des Sozialsystems in Deutschland, zur Finanzierbarkeit der sozialen Sicherheit, mit einzubeziehen.

Die Frage, ob die Kirchen weiterhin als „kostenlose Serviceeinrichtung“ - wie die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Frau Heide Simonis, kritisch zu bedenken gibt - Leistungen für die Allgemeinheit erbringen sollten, während „einige ihr Portemonnaie schonen“, sehe ich eng verbunden mit der Frage nach mehr sozialer Gerechtigkeit, mit der Notwendigkeit, soziale Aufgaben und Lasten **gemeinsam** zu tragen.

Die Sozialeinrichtungen der Kirchen sind gesamtgesellschaftlich notwendig und werden auch von Konfessionslosen genutzt. Deshalb können sie durchaus von **allen** finanziert werden. Es ist **unbestritten**, daß auch die Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft überwiegend aus Mitteln der Allgemeinheit, der Beitragszahler zu Sozialversicherungen und aus Mitteln der Benutzer finanziert werden. Es geht um Gerechtigkeit und um die gesamtgesellschaftliche Verantwortung, wenn auch der Restbetrag, der in vielen Fällen durch Kirchensteuereinnahmen oder durch die kostenlose Bereitstellung von kircheneigenen Grundstücken gedeckt wird, von allen finanziert werden soll. Dieses Anliegen wird angesichts der rückläufigen Kirchensteuereinnahmen immer aktueller und ist in den neuen Bundesländern mit lediglich 25 bis 30 % Kirchensteuerzahlern noch weit drängender als in den westlichen Bundesländern.

Ähnlich verhält es sich auch mit dem Beitrag der Kirchen zum Erhalt wichtiger

Kulturgüter und bei den zahlreichen kulturellen Angeboten.

## Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Allerdings dürfte eine Sozial- und Kultursteuer nur für die nicht unmittelbar seelsorgerlichen Leistungen erhoben werden, die der Allgemeinheit zu Gute kommen. Daß ein Konfessionsloser rein pastorale Aufgaben mitfinanzieren soll, wäre nicht verständlich und müßte vermieden werden.

Ich vermute, daß ca. 1 bis 2,5 % der Einkommenssteuer ausreichen würde, um die kostenintensiven sozialen und kulturellen Einrichtungen und Dienste der Kirchen und anderer Träger langfristig sichern zu können.

Da wir in der Bundesrepublik Deutschland jedoch an der Grenze der steuerlichen Belastbarkeit angekommen sind, darf insgesamt keine Mehrbelastung eintreten.

Bei der Anpassung des Sozial- und Steuersystems an die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie an die demographische Entwicklung wird man darauf achten müssen, daß nur in dem Umfang, wie die Sozialabgaben zurückgehen oder Beamte und Freiberufler von solchen Abgaben ausgenommen sind, Steuern erhöht bzw. neue Abgaben eingeführt werden können.

## Belastungen gerecht verteilen

Die entscheidende Frage im Blick auf das zukünftige Angebot an sozialen Einrichtungen und Diensten - auch in der Kirche - lautet: Was will und kann sich unsere Gesellschaft in dieser Hinsicht

## Gesprächsrunde des EAK in Berlin/Brandenburg

mit Bundesministerin  
**Dr. Angela Merkel, MdB**  
und Kommunalpolitikerin aus  
unterschiedlichen Parteien

zum Thema  
**Partner oder Gegner?**

Das Verhältnis zwischen  
Bundes- und Landespolitik  
am Beispiel von Berlin-Mitte

**am 2. Oktober 1995, 19.00 Uhr**

Ort sowie weitere Einzelheiten erhalten Sie  
über Herrn Dachsel, Linienstr. 45,  
10119 Berlin Tel.: 030/2812002

## Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung

15. Wendgräbener Dialog-Forum

**Leben in der Diktatur –  
Gegner des SED-Regimes und  
ihre Schicksale**

**22. bis 23. September 1995**  
Veranstaltungsort: Magdeburg

Weitere Informationen/Anmeldung:  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Bildungszentrum Wendgräben,  
Postfach 16, 39279 Loburg,  
Fax 039245/2785

langfristig leisten ohne auf Kosten der nachfolgenden Generationen zu leben? Wie können die erforderlichen Belastungen möglichst gerecht verteilt werden? Hierüber sollten sich nicht nur Politiker, sondern alle, die sich an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen und Verantwortung übernehmen wollen, frühzeitig Gedanken machen.

Ich hoffe, daß dabei auch die Diskussion zum Thema „Sozial- und Kultursteuer“ mit der erforderlichen Sensibilität weitergeführt wird. ■

**Anm.:**

Dr. Hans Geisler ist  
stellvertretender Vorsitzender des  
EAK-Bundesvorstandes und  
sächsischer Minister für Soziales,  
Gesundheit und Familie.

**Verfassungsurteil zum Entfernen der Kreuze aus Schulzimmern sollte von Bayern nicht befolgt werden**

Das neueste skandalöse Verfassungsurteil, wonach das Aufhängen von Kreuzen in Volksschulzimmern verboten wird, sollte von den staatlichen Behörden in Bayern nicht befolgt werden. Denn es ist davon auszugehen, daß die große Mehrheit der Eltern ihre Kinder in Klassenzimmern mit Kreuzen unterrichtet wissen will.

T: Dieses erneute Fehlurteil der Karlsruher Richter zeigt, daß nach dem Schandurteil über „Soldaten als potentielle Mörder“ die klassische Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative in Deutschland gefährdet ist. Die dritte unabhängige staatliche Gewalt, eben die Rechtssprechung, hat sich nach diesen Urteilen selbst in Frage gestellt. Vielleicht wird in ihrem nächsten Urteil verlangt, daß die Schüler Anspruch auf zweierlei Klassenzimmer - solche mit und solche ohne Kruzifixe - haben.

Nach den sich häufenden Fehlurteilen des sogenannten höchsten deutschen Gerichtes ist dessen Autorität im Kern gefährdet und muß grundsätzlich neu diskutiert werden. Im übrigen ist ein solches Urteil ein Indiz für eine beängstigende Entwicklung weg vom christlich geprägten

Staat hin zum bloßen Funktionsgebilde ohne Werte und Standpunkte. ■

*Dr. Ingo Friedrich, Vorsitzender des EAK der CSU*

**Schutzinteressen des einzelnen Bürgers bewahren!**

**Hannover.** Der stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, Gustav Isernhagen, erklärte zum eingereichten Gesetzesentwurf von Bündnis 90/Die Grünen zur Aufhebung des §166 StGB: „Daß Bündnis 90/Die Grünen politisch Andersdenkende wenig achten,

§166 StGB jeglichen Schutz zu entziehen, muß für alle um Toleranz bemühten Parteien und Bürger das Maß voll sein.

Es geht beim §166 schließlich nicht um einen gewissen Schutz der Kirche als Institution vor Verleumdung, der durchaus auch angezeigt sein könnte, sondern vielmehr um die Schutzinteressen des einzelnen Bürgers und seiner religiösen Empfindungen. ■

**Gegen Teillegalisierung von Haschisch und Marihuana**

**Dresden.** Zum Vorschlag der Gesundheitsministerin von Schleswig-Holstein, Heide Moser, zur Legalisierung von Haschisch und Marihuana und der freien Abgabe durch Apotheken erklärte der Sächsische Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie und stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, Dr. Hans Geisler: „Die Vorstellung, daß eines Tages Haschisch auf Familienfeiern, Partys, Empfängen, ja vielleicht sogar zu offiziellen Anlässen die gleiche Rolle spielen wird, wie heute Alkohol und Tabak, ist für mich unerträglich. Nutzen wir die Tatsache,

daß heute noch die Mehrheit der Bevölkerung diese Drogen ablehnt, als Ausgangsbasis dafür, ihr weiteres Vordringen in unseren Kulturkreis zu verhindern.“ ■

**Der Gottesdienst in der politischen Welt – „Politischer Gottesdienst“**

**Eine Hilfe zur Urteilsbildung ausgearbeitet von der Kammer für Theologie der EKD**

Ereignisse des öffentlichen Lebens und aktuelle politische Konflikte bieten immer wieder Anlässe für besondere Gottesdienste. Diese „politischen Gottesdienste“ sind in der Vergangenheit nicht selten zum Gegenstand von Kontroversen geworden, und zwar sowohl innerhalb der Kirche als auch zwischen Kirche und Politik oder Kirche und Medien. Im aktuellen Fall stehen Äußerungen kirchenleitender Organe leicht unter dem Verdacht, daß die Aussagen über Kriterien für „politische Gottesdienste“ von der im Hintergrund stehenden Bewertung des Anlasses bestimmt seien. Der Rat der EKD hat darum seine Kammer für Theologie gebeten, unabhängig von einem konkreten Konflikt einen Beitrag zur grundsätzlichen Klärung der Fragen zu „politischen Gottesdiensten“ zu leisten. ■

**Miteinander für Gerechtigkeit**



**Woche der ausländischen Mitbürger**

24. bis 30. September 1995

**Interkulturelle Woche**

**Der EAK Ludwigsburg lädt ein:**

**Dienstag, 26. September 1995**  
18.30 bis 21.30 Uhr

**„Gott, Volk, Vaterland“**

Führung und Vortrag im Landeskirchlichen Museum, Ludwigsburg

Informationen bei:  
Ulrich Hirsch,  
Telefon 07046/2632

**Evangelischer Arbeitskreis  
der Kieler CDU  
wieder aktiv**

Kiel. Der Evangelische Arbeitskreis der Kieler CDU hat sich neu konstituiert. Dieses erklärte die Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete, **Angelika Volquartz**, in einer Pressemeldung. Neuer Vorsitzender ist **Christoph Mey**, seine Stellvertreter sind **Karin Bickel** und **Jörg Jaehnik**, **Klaus-Peter Plathow** und **Kai-Uwe Lewandowski** als Beisitzer komplettieren den Vorstand.

Hauptaufgabe des EAK wird es sein, die Gespräche zwischen den Kirchen und der CDU wieder zu beleben und spezielle Themen für die politische Arbeit der Partei vorzubereiten. So werde sich der EAK nach der Sommerpause in einer Diskussionsveranstaltung mit der Sektenproblematik befassen.

**Diskussionsabend zum  
Gemeinsamen Wort der  
Kirchen**

Der EAK-Kreisverband „Märkisch-Oderland“ führte gemeinsam mit der CDU-Ortsgruppe Rüdersdorf-Herzfelde eine öffentliche Diskussion über das gemeinsame Papier der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ durch. Zunächst wurden die wichtigsten Aussagen des Papiers in einem einleitenden Referat des EAK-Kreisvorsitzenden, Prof. Dr. **Wolfgang Merbach**, vorgestellt. Die darauffolgende, sehr lebhaft diskutierte berührte eine Vielzahl von Fragen, so z.B. die Sozial- und Wirtschaftspolitik in den neuen

Bundesländern, die Rolle der CDU bei der Verwirklichung christlicher Grundwerte, den Religionsunterricht in Brandenburg oder auch die Stellung der Evangelischen Kirche zur praktischen Politik in Deutschland.

**Allgemeine Kultur-  
und Sozialsteuer keine  
Alternative**

Heilsbronn. Am Kirchensteuersystem soll nicht gerüttelt werden. Diese Auffassung haben Finanzexperten, CSU-Politiker und Kirchenleute bei einer Podiumsdiskussion des Evangelischen Arbeitskreises der CSU Mittelfranken in Heilsbronn vertreten. Der Sächsische Sozialminister **Hans Geisler** blieb mit seinem Vorschlag allein, eine allgemeine Kultur- und Sozialsteuer einzuführen. „Die Gerechtigkeitslücke muß geschlossen werden“, begründete Geisler seine Initiative. Es könne nicht hingenommen werden, daß bei einer wachsenden Zahl der Kirchengaustritte immer mehr Menschen kirchliche Einrich-

**Dr. Gerhard Schröder  
Bundesminister a.D.**

geboren am 11. 9. 1910  
gestorben am 31. 12. 1989

Gerhard Schröder war von 1955 bis 1978 Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Er hat in dieser Zeit den EAK zu einem Forum geistiger Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland gemacht.

**Am 11. September 1995  
wäre er 85 Jahre alt  
geworden.**

**Gemeinsame Tagung  
des EAK und AEU**

**„Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage  
in Deutschland“**

**30 September 1995, von 10-17 Uhr**  
Dessau, Diakonissen-Mutterhaus

Weitere Informationen beim:  
Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (AEU),  
Herr Klinghardt, 07 21/81 28 35

tungen wie Kindergärten, Altenheime oder Kliniken in Anspruch nehmen, ohne sich an der Finanzierung zu beteiligen. Der Münchner Richter **Gustav Lichtenberger**, Generalsekretär des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, nannte die Idee einer Kultur- und Sozialsteuer eine „hochinteressante Sache“, weil damit „Trittbrettfahrer“ zur Kasse gebeten werden könnten. Allerdings kämen diese Steuereinnahmen nicht in den Säckel der Kirchen, sondern in den des Staates. „Verteilungskämpfe“ wären die Folge. „Die Kirchen würden zu Bittgängern des Staates“, meinte auch Scheidel. Es sei kaum zu erwarten, daß die Parlamente ihnen mehr Geld zubilligen würden, als es der Stimmungslage in der Bevölkerung entspreche.

**Kreisvorstand versucht  
neuen Einstieg**

Kleve. Zu einem gemeinsamen Diskussionsabend unter Leitung von **Ernst-Otto Schumann**, der primär der Information über die Tätigkeit des Arbeitskreises und einer zukünftigen Unterstützung vor Ort dienen sollte, waren die evangelischen Mandatsträger der

Kommunen des Kreises Kleve sowie der Kreisvorsitzende d. CDU, **Ronald Pofalla** MdB und trotz unterschiedlichen christlichen Bekenntnisses **Norbert Giltjes** MdL gebeten worden. Man war sich allgemein einig, daß nahezu alle Institutionen, wie beispielsweise Kirchen, Verbände, Vereine und auch die Parteien aus den verschiedensten Gründen, die aber meistens im persönlichen Umfeld des einzelnen Menschen aber auch in dem ihn umgebenden Umfeld bei ständigem Wertewandel begründet sind, besonders schwer haben, ihre jeweiligen Anhänger zu aktivieren.

Dennoch wird der Arbeitskreis einen erneuten Anlauf nehmen, um es auch an der so oft bemängelten, mangelnden Information nicht fehlen zu lassen. Ein Höhepunkt im Veranstaltungsreigen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU kündigt sich schon jetzt für den November in Kvelaer an. Hier werden am 11. 11. 1995 in einer gemeinsamen Veranstaltung der Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland **Peter Beier** und Weihbischof **Heinz Jansen** aus Xanten zum Thema: „Kirchengaustritte - Verwaltungakt oder Identitätskrise“ referieren und mit den Besuchern diskutieren.

**Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland**

**Umkirch.** Das gemeinsame Papier der evangelischen und katholischen Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland diskutierten auf Einladung des Landesverbandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU und der EAK-Kreisvorsitzenden **Ingeborg Babucke** in Umkirch der Abgeordnete und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Landtages von Baden-Württemberg, **Gundolf Fleischer** (CDU), der Theologieprofessor und ehemalige Kultusminister von Baden-Württemberg, **Wilhelm Hahn**, und Prälat **Gerd Schmoll** aus Karlsruhe.

Wilhelm Hahn kritisierte in der von dem badischen EAK-Landesvorsitzenden Hans-Martin Pawlowski moderierten Diskussion die Unausgewogenheit des Papiers auf theologischem Gebiet. Er bezweifelte, daß die Öffentlichkeit den Kirchen eine entscheidende Kompetenz in wirtschaftlichen Fragestellungen zumesse.

Prälat Gerd Schmoll gab zu bedenken, daß Glaube und Ethik zusammengehören, und die Heilszusagen des Evangeliums nicht vom Wohl der Welt abgeschnitten werden dürfen. Die Kirche habe durchaus das Recht, Utopien vorzugeben, Sozialpolitik sei aber erst in zweiter Linie nach der Verkündigung des Evangeliums Auftrag der Christen. Schmoll sprach sich im Hinblick auf das Thesenpapier vor allem für einen gerechten und machbaren sozialen Ausgleich in der Gesellschaft und für den Erhalt der Feiertagskultur als Refugium der Familie aus. ■

**Neuer EAK-Landesvorsitzender NRW gewählt**

**Mülheim.** Der Bundestagsabgeordnete des Kreises Düren, **Thomas Rachel**, ist auf der Landtagstagung des EAK der CDU-NRW zum neuen Landesvorsitzenden gewählt worden. Der 33jährige Parlamentarier, der schon in den vergangenen vier Jahren stellvertretender EAK-Landesvorsitzender war, übernimmt damit die Nachfolge



**Thomas Rachel: „EAK als Brücke zwischen Politik und Kirche verstehen“.**

von Dr. Hans-Ulrich Klose MdL, Vizepräsident des Düsseldorf Landtags, der den EAK im Land ein Vierteljahrhundert geleitet hat.

Der EAK müsse „eine Brücke zwischen Politik, Kirche und kirchlichen Verbänden“ sein, betonte der EAK-Landesvorsitzende. Thomas Rachel will mit dem EAK „durchaus in lutherischer Tradition einer gewissenhaften Autoritätskritik“ in die CDU vor allem die vielen Anfragen evangelischer Christen an die Politik - und an die „C“-Partei im besonderen - einbringen. Er forderte die CDU auf, „sich der Anfrage gerader junger Menschen nach ethischer und morali-

scher Fundierung der Politik zu stellen“. Insofern müßten sich CDU und EAK wandeln und öffnen.

In seinem Grußwort führte der EAK-Bundvorsitzende, Bundesminister Jochen Borchert, zur christlichen Ethik in der Politik u.a. aus: „Wenn sich auf dem Weg in das 21. Jahrhundert etwas geändert hat, dann die Dimension unserer Aufgaben. Dem Menschen erscheint vieles, wenn nicht alles, machbar. Um so wichtiger ist es, die Frage nach unseren ethischen Maßstäben immer wieder neu zu stellen. Christen können dies nicht unabhängig von ihrem Glauben tun“.

CDU-Generalsekretär Peter Hintze würdigte am Rande seines Referats über die politischen und ethischen Herausforderungen der Zukunft die Arbeit des scheidenden EAK-Landesvorsitzenden. ■

**Wider das Anspruchsdenken**

**Pinneberg.** Unter dem Motto „Diakonie - überholt?“ hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU Vertreter von Parteien, Verwaltung und der Kirche

zu einer Diskussion eingeladen. Dabei stand aber nicht so sehr die Zukunft kirchlich-karitativer Arbeit im Vordergrund, sondern die Zukunft des Sozialsystems. Zu Beginn stellte **Torsten Schweda**, Diakonie-Pastor des Kirchenkreises Pinneberg, kurz die Grundlagen und Aufgaben vor: „Wir arbeiten für die Schwächeren, egal wie sie in ihre Notlage gekommen sind.“ Deswegen sei die Diakonie auch nicht überholt. Etwa 258 hauptamtliche und Hunderte ehrenamtliche Mitarbeiter sind für die Diakonie tätig. Er benannte aber auch Probleme. Die Einnahmen aus der Kirchensteuer nähmen genauso ab wie die Mittel des Staates für Sozialausgaben. Gleichzeitig wüchsen die Ausgaben. „Hier öffnet sich eine Schere.“

Die starken Belastungen durch immer neue Sozialgesetze nannte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion, **Benno Kolberg**. Etwa 60 Prozent der Mittel des Kreises würden für Sozial- und Jugendhilfe ausgegeben. „Das ist nicht mehr bezahlbar,“ meinte Kolberg. Als Lösung des Problems bleibe nur ein grundsätzliches Umdenken. Es dürfe keine neuen und kostspieligen Leistungsgesetze geben. ■

**1. Berliner Theologisches Gespräch**

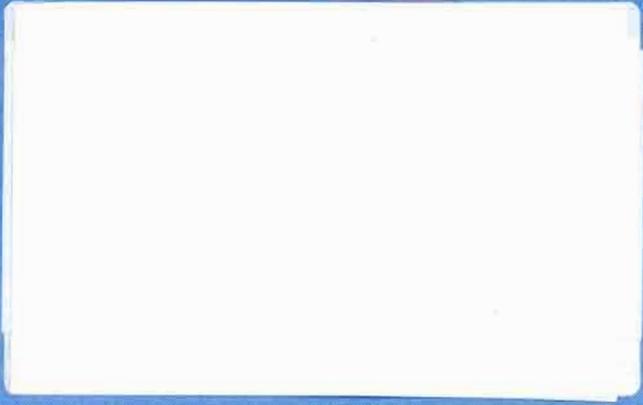
**„Berlin wird Regierungssitz. Bleibt für die Kirche alles beim alten?“**

**Gesprächspartner**

Propst Dr. Karl-Heinrich Lütke  
Senator Peter Radunski

**Dienstag, 19. September 1995, 18 Uhr**  
Berliner Rathaus, Rathausstr. 1, Berlin-Mitte

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544-305/6 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM · Konto: EAK, Postgiroamt Köln, 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei



# 35. EAK-Bundestagung 27.-28. Oktober 1995

Vorläufiger Ablauf der 35. EAK-Bundestagung  
27.-28. Oktober 1995, Augustinerkloster, Erfurt

## Die Bürger und ihr Staat - Gemeinsinn und Eigenverantwortlichkeit

**Freitag, 27.10.1995:**

- 14.00 Uhr Sitzung des Bundesarbeitskreises (Neuwahl des Bundesvorstandes)  
(nur für Delegierte mit gesonderter Einladung)
- 19.30 Uhr Grußworte  
u.a. Ministerpräsident **Dr. Bernhard Vogel**, Erfurt  
**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**  
Vortrag: „Von der Freiheit eines Christenmenschen“
- 21.30 Uhr Abend der Begegnung

**Samstag, 28.10.1995:**

- Themenschwerpunkt:**  
„Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“  
Diskussion zum Konsultationspapier der beiden Kirchen
- 9.00 Uhr Geistliches Wort: N.N.
- 9.30 Uhr **2 Arbeitsgruppen zum Kirchenpapier**
  - 1. Themenbereich Arbeit**  
Einführungen:  
**Dr. Frank-Michael Pietzsch, MdL**  
Landtagspräsident Thüringen, Erfurt  
**Dr. Lothar Späth**  
Vorsitzender der Geschäftsführung der Jenoptik, Jena
  - 2. Themenbereich Familie**  
Einführungen:  
**Gertrud Dempwolf, MdB, Bonn** (angefragt)  
Parlamentarische Staatssekretärin  
**Jürgen Gohde**  
Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Stuttgart
- 12.00 Uhr Gemeinsames Mittagessen  
anschließend Gelegenheit zur Stadtführung und Dombesichtigung

### Unsere Autoren:

Bundesminister  
Jochen Borchert  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
53113 Bonn

Ehrhard Neubert  
EKD-Außenstelle  
Auguststr. 80  
10117 Berlin

Prof. Dr. theol. habil.  
Horst Georg Pöhlmann  
Schöneberger Str. 6a  
49134 Wallenhorst

Klaus D. Reichardt MdB  
Bundeshaus  
53113 Bonn

Dr. Günther Rüter  
Postfach 1331  
50387 Wesseling

Dr. Hans Geisler  
Sozialminister  
Albertstr. 10  
01097 Dresden